

# Die Zeit

Das „Die Zeit“ erscheint mit täglichen Beilagen: „Lust, Beilagen“, „Kinderbeilage“ sowie „Wohlfahrt“. Besondere angelegentliches Augenmerk ist auf die Besondere Beilagen. Das „Die Zeit“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ sozialistischer Verbände. - Schriftleitung: Danz 4244, Hauptredaktion zwei Etagen, Hauptredaktion 4667, Verlags- und Druckerei: mittags von 12 bis 1 Uhr

**Sozialdemokratische Tageszeitung**  
für  
**Halle und den Regierungsbezirk Merseburg**

**Bezugsbedingungen:** Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Schüler 1,50 Mark. Verkaufspreis monatlich 2 Mk. ab Volant oder Postboten zugesandt 2,40 Mk.; bei direkter Einschreibung auf den Betrag 2,50 Mk. Anzeigenpreis 12 Pf. im Anzeigen und 60 Pf. im Reichsanzeiger. - Hauptvertriebsstelle: Danz 4244, Bureau 4666, - Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. - Postfachnummer 20810 Halle

## Die Totbeter.

### Guter Christen Gorgen um Gebering.

#### Wieder umsonst.

— Halle (Saale), 26. Juni.

Unsere Rechtsblätter schreiben bekanntlich nicht nur für Rädchen-Personen. Die von ihnen geschwungenen Fäden sind mitunter recht robust. Sie überschlagen sich nicht selten, wenn es Sozialdemokratie, Republik und deren Institutionen zu verunglimpfen gilt. Sie sind nicht selten gemein und gottig, wenn es ihnen darauf ankommt, führende Männer der Republik in den Kot zu ziehen. Dabei versichern sie man muß es ihnen lassen, redt gut zu differenzieren. Der schöne Schein geben den ersten Präsidenten der Republik ist nicht der Ton aller ihrer Schmähschriften. Seitdem der öffentliche Abgeordnete Nahrenhorst den preussischen Innenminister Gebering in einem Weimarer Gaststück als „Sauschelm“ bezeichnet, nachdem seine Freunde des öfteren sich in Antikensbüchsen auf den preussischen Innenminister geübt haben, hat man hier und dort Kopfschütteln gemacht, daß man Gebering zwar wie die Pest haßt, aber den Mann und seinen Fähigkeiten nicht die Achtung verlagen könne. Das hat sich bei den verschiedensten Gelegenheiten im Parlament, in der bürgerlichen Presse und in den Versammlungen wiederholt. So gepaart mit Besichtigung vor dem harten Mann, um dem man die Republik benedict. Man läßt gern statt einiger tausend Sommergehältern sich einen „Aerl“ in den eigenen Reußen und in den drei gefohrene Karre der monarchistischen Restaurationspolitik würde, so meint man, daß wieder flott werden. Aber daß die deutsche Republik bzw. der preussische Staat einen Staatsmann von solchem Rang hat, daß trifft den Monarchisten den besten Teil ihres laienhaften Geistes weg.

Als in der Periode der preussischen Kabinettskrise vor Monaten einmal das Gericht aufstand, daß Gebering aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten würde, amieten die Leute von rechts erleichtert auf. Aber Gebering blieb. Seine Position ist seitdem nicht schwächer, sondern stärker geworden. Immer mehr wächst das Vertrauen unserer Monarchisten und immer häufiger hört man, daß in ihren internen Kreisen neben dem Respekt vor dem klaren Verstandes die Nachsicht über den Kopf gegen diesen gefährlichsten und unangenehmsten aller Gegner wächst. Kein Wunder, daß es aller erst dazu ausreichen war, vor die Pforten der Glanz-Putschisten zu kommen. Leider wurde diese Pforte just wieder zur rechten Zeit durch eine Verwaltungsreform geschlossen. Die politischen und den gemeinen Wörtern aus der Hand geschlossen.

Das Paradoxon der monarchistischen Hoffnungen sonst rapid. Seit einigen Tagen aber steigt es wieder. Langsam und zögernd. Aber es steigt, seitdem die Öffentlichkeit erfahren

hat, daß Gebering zwar den Versuch unternommen hat, seine Dienstschäfte in Berlin wiederanzunehmen, aber aus den letzten noch einmal auf mehrere Wochen in ein mitteldeutsches Sanatorium geschickt worden ist. In den Rechtsblättern der guten „Christen“ peltschert man auf unheilbares Leben. Wie weit der Weltapparat der Vierbeinigen auf der Lebensuhr des in Frage kommenden Staatsmannes abgestellt war, wird nicht festgestellt sein. Aber die Anbrunst namentlich unserer evangelischen „Christen“ bedrückt sich ebenso heftig wie sicher auf die politische Annahme, daß der preussische Innenminister an einem unheilbaren Herzleiden“ erkrankt ist und nie wieder daran denken könne, auf seinen Posten zurückzuführen. Die deutsche demokratische, Sozialistische und Sozialistische Schwarzweizer Parteiorganisationen werden zunächst noch sorgfältig zurückgehalten. Mit dieser zärtlicher Liebe bereitet man die Öffentlichkeit auf den großen Abgang des auch von ihnen anerkannten großen Staatsmannes vor. Zwar hat die preussische Staatsregierung bereits autoritativ versichert lassen, daß Gebering am 1. Juni ein schweres Herzleiden krank, und daß die Ärzte ihm lediglich geraten haben, im Interesse einer dauernden Kräftigung seiner durch Überarbeit mitgenommenen Nerven eine Nachkur zu machen. Aber die Rechtsblätter läßt trotz alledem die Hoffnung auf endgültigen Buzumachen noch nicht fahren. Und wie sie weiter von sehr unglücklichen Berichten, bringt auch das Demontieren der preussischen Regierung über das schwere Herzleiden, meint jedoch, es sei keineswegs ausgeschlossen, daß Gebering wieder in seinem Amte erscheinen. Keineswegs ausgeschlossen, daß charakteristisch das Fortgeschick unserer Herren von rechts und ihre heimlichen Wünsche in der treffendsten Weise. Zwischen der Zeiten liest man „Leider“ keineswegs ausgeschlossen. Aber man will doch nach Möglichkeit, um nicht am Ende der Vlamierte zu sein, mit vorzeitigen Gehaltsausbehalten zurückhalten.

Nun, wir wissen, daß Geberings Nerven durch jahrelange Überarbeit und geistige Konzentration auf das Ziel der Sicherung der Republik so stark mitgenommen waren, daß der Minister in den letzten Monaten ohne Schlafmittel seine Nachtruhe finden konnte. Aber wir wissen auch, daß die Geberingischen Energiequellen, um sie feineres 28.11.1926 keineswegs erkrankt sind, und wir fassen hieraus, daß seine wägere Fortbestellung nur eine Frage von Wochen sein wird. Dann wird der preussische Innenminister in sein Amt zurückkehren und der schwarzweizer Partei für ihre freundliche Teilnahme danken. Die Sorge der demokratischen Presse um Leben oder Tod des kräftig Gebliebenen wird den üblichen Schimpfepfeifen Platz machen, die allerdings auf den Nervenzustand des Ausprobierten infolge langjähriger Gewöhnung keinen Eindruck mehr machen.

### Abhebung des widerpenfigen Direktors der Bank von Frankreich.

Paris, 26. Juni. (Radiomeldung.)

Der „Duchidien“ gibt heute in großer Aufmachung ein Gericht wieder, das am Freitag in Versailles stattfand, in den Verhandlungen aber hauptsächlich demontiert wurde. Nach ihm verurteilt, daß im Ministerium der heute morgen stattfindend wird, der bisherige Gouverneur der Bank von Frankreich, Robincau, seines Amtes entbunden werden soll. An seine Stelle werde der bisherige Direktor der Bank von Algerien, Maurice Ollivier, treten, der seinerseits durch den bisherigen Intergouverneur der Bank von Frankreich, Ricard, ersetzt werden soll. Das Blatt fügt hinzu, daß für den Fall der Amtsenthebung Robincau alle oder mindestens die meisten höheren Beamten der Bank sich mit ihm solidarisch erklären und ihre Demission abgeben werden.

Der Konflikt zwischen der Bank von Frankreich und den französischen Finanzministern der letzten Monate ist nicht neu. Am 15. Juni hat Ricard seine Demission als Finanzminister abgegeben unter dem Hinweis, daß ihm gewisse Unterstellungen, auf welche die Regierung das Recht habe zu ziehen, nicht hätten. Im Laufe späterer Erklärungen gegenüber seinen Ministerkollegen hat Ricard diesen Sachverhalt berichtet, daß es sich dabei um die Unterstellung der Bank von Frankreich gehandelt habe. Die Bank habe sich, wie erinnerlich, geweiht, mit ihrem Goldbestand oder einem Teil desselben eine französische Auslandsanleihe zu garantieren. Die letzte Krise war also wegen eines Konflikts zwischen der Bank von Frankreich und der Regierung ausgebrochen. Dagegen scheint der Konflikt durch die Unterstellung des Gouverneurs und des Intergouverneurs als löst zu werden. Die Regierung dürfte heute u. a. auch beschließen, am nächsten Dienstag den Antrag auf Verlegung sämtlicher Interpellationen über die Finanzpolitik, und zwar auf acht Tage, zu stellen. Es sollen nur die Interpellationen über die allgemeine Politik und die Zusammenlegung der Regierung diskutiert werden.

### Fortdauer der militärischen Operationen in Maroffo.

Paris, 26. Juni. (Via Drahtbericht.)

In Maroffo dauern die militärischen Operationen, die man mit der Heberache Abd el Krimis beendet hatte, mit unversehrter Heftigkeit an. Die französischen Besatzungsarmee bereitet gegenwärtig eine umfassende Operation großen Stils gegen das Maroffo von Rif, 60 Kilometer südlich von Fez, vor, in dessen Bezirken zwischen 1900 und 2000 Maroffo seit 1916 mehrere Stämme des Araber sich gegen alle Angriffe erfolgreich gehalten haben. Die Franzosen haben schreckliche weittragende Schiffsgefechte an den Röhren der Gebirgsseite geschloffen und sind im Besitz, die Stellungen der Rifbofen mit schwerem Geschütz zu besetzen.

### Brimo de Rivera läßt verhaften.

In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag hat der General Brimo de Rivera in Madrid die Verhaftung einer Anzahl hoher Zivil- und Militärpersonalisten vorgenommen unter der Auflage eines Komplotts gegen die Sicherheit des Staates. Dieses Komplotz, um die Sicherheit des Staates zu gefährden, wird in der Zeitung, die in der französischen Presse veröffentlichten Meldungen von Extremisten der liberalen Partei zusammen mit mehreren hohen Militärs geplant worden sein.

Verständlicher Freundschaftsvertrag. Ein großes politisches Ereignis des nahen atlantischen Orients stellt der dieser Tage zwischen Perfidien und der Türkei abgeschlossene Freundschaftsvertrag dar. Er steht an erster Stelle vor, daß Perfidien und die Türkei im Falle eines Angriffes von dritter Seite auf eines der beiden Länder unbedingt neutral bleiben. Diese Neutralität wird gegebenenfalls mit den Waffen bereitgestellt. Jeder Kontrahent versichert innerlich seines Gehaltens jede gegen den anderen gerichtete Propaganda, Argwohn, welche Unruheherde an der gemeinsamen großen Grenze sollen gemeinsam unterdrückt werden.

### Die Lohnsteuer als Zwangspartaffe.

Von Dr. Paul Herrk.

Das deutsche Volkseinkommen wird auf 50 bis 55 Millionen Mark jährlich geschätzt. Davon entfallen 80 bis 86 Millionen Mark allein auf das Einkommen aus Lohnarbeit. Diese Zahlen machen es möglich, daß Deutschland bei seinen hohen inneren und äußeren politischen Lasten vollständig auf die Steuererhebung der Arbeitseinkommen verzichtet. Denn aber ist die Lohnsteuer die beste Form dieser Besteuerung des Arbeitseinkommens. Der Lohnabzug erfährt trotz dem Finanzamtens die ungenügende Arbeit, rund 15 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger zur Einkommensteuer veranlagt zu müssen. Er erleichtert auch den Lohnsteuerpflichtigen die Entziehung der Steuer und bedroht sie vor dem Arbeitsvollzieher, der in früheren Jahren in zahllosen Fällen Arbeiterfamilien um ihr letztes Brot und Gut bringen mußte, weil sie die vierteljährlich zu zahlenden Steuern nicht aufbringen konnten. Aber die Lohnsteuer hat zweifellos auch Nachteile. Ihre Erhebung liegt in den Händen der Unternehmer. Ihre Bestimmungen müssen deshalb einfach sein und rein schematisch angewendet werden können. Auf die besonderen Verhältnisse des einzelnen Steuerpflichtigen kann infolgedessen nicht im gleichen Maße Rücksicht genommen werden wie bei der veranlagten Einkommensteuer. Denn Einfachheit und Gerechtigkeit lassen sich bei einem Steuerhelfer schwer vereinigen.

Trotzdem war es seit Jahren das Bestreben der Sozialdemokratie, das System der Lohnsteuer zu vervollständigen und die Härten des sofortigen Abzuges der Steuer durch den Unternehmer soweit wie irgend möglich einzuschärfen. Sie beschritt dafür zwei Wege. Sie verlangte erstens, daß der Steuerfreie Einkommensteuerelement wesentlich erhöht wird, damit alle diejenigen Lohnempfänger steuerfrei sind, deren Einkommen ein notwendiges Existenzminimum nicht übersteigt. Hierbei war die Sozialdemokratie erfolgreich. Es gelang ihr, die Steuerfreie Grenze, die am 1. Dezember 1924 noch 50 Mark monatlich betrug, vom 1. Januar 1926 an auf 100 Mark zu erhöhen. Sie verlangte zweitens, daß den Lohnsteuerpflichtigen, denen zuletzt Steuer abgezogen worden ist, ein Anspruch auf Rückzahlung der überzahlten Steuer gewährt wird. Es handelt sich dabei sowohl um die Erstattung bei Verheiratung als auch infolge Erwerbslosigkeit, Krankheit, Auswanderung, Streik usw. als auch um die Erstattungen infolge besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse.

Unter dem Einfluß der Sozialdemokratie sind im Jahre 1925 Vorarbeiten beschlossen worden, die im weitgehenden Umfange solche Erstattungsmaßnahmen auf Grund eines Rechtsanspruches zuließen. Bei der praktischen Durchführung dieser Bestimmungen aber stellte sich heraus, daß sie sowohl für die Finanzämter, wie für die Steuerpflichtigen schwer zu handhaben waren. Die Ursache dafür lag in der Tatsache, daß innerhalb des Jahres 1925 sowohl das Steuerhelfer als auch die Steuerfreie dreimal geändert worden waren. Wiederum war es die Sozialdemokratie, die Vorschläge für die Vereinfachung der Erstattungen machte. Sie führten schließlich zu dem Gesetz über die Vereinfachung der Lohnsteuer vom 26. Februar 1926.

Diese parlamentarische Arbeit aber mußte durch eine umfangreiche Auffklärungsarbeit unterstützt werden. Viele Steuerpflichtige kannten ihre Rechte nicht und hatten keine Kenntnis, daß sie einen Rechtsanspruch auf Rückzahlung von Lohnsteuer hatten. Sie wußten auch nicht die Wege, um ihre Ansprüche durchzusetzen. Partei- und Gewerkschaftspreß, Parteifunktionäre und Gewerkschaftsfunktionäre übernahmen diese Aufklärungsarbeit. Vieles mußte sie als Einreichern der Anträge, Helfenweise sogar den ganzen Verkehr mit den Finanzämtern allein übernehmen. Nur weil sich alle diese Kräfte in den Dienst der Sache stellten, war es möglich, trotz der beschränkten Fristen 3 bis 4 Millionen Anträge bei den Finanzämtern einzureichen.

Welch reiche Früchte diese Arbeit getragen hat, läßt sich jetzt überblicken, nachdem bekannt ist, welche Beträge die Finanzämter auf Grund der Erstattungsunterlagen an die Lohnsteuerpflichtigen zurückgezahlt haben. Nach Mitteilungen des Reichsfinanzministeriums sind in der Zeit vom September 1925 bis zum Mai 1926 folgende Beträge erachtet worden:

im Jahre 1925	6 045 000 RM.
Januar 1926	4 285 000 "
Februar 1926	6 771 000 "
März 1926	11 051 000 "
April 1926	9 814 000 "
Mai 1926	8 840 000 "

Insgesamt: 64 050 000 RM.

50 Millionen sind somit bisher zurückgezahlt worden. Das ist eine sehr beträchtliche Summe. Hierbei ist noch zu bedenken, daß einmal die Statistik die Erstattungen für 1924 nicht noch erlößt hat, und zweitens die Erstattungen für 1925 noch nicht abgeschlossen sind. Die tatsächlich zurückgezählten Beträge dürften also wesentlich höher als 50 Millionen werden. Dieser ist ein Erfolg, dessen Bedeutung wohl eingeschätzt werden darf und der in größtem Maße der Arbeit der Sozialdemokratie







# Halle und Saalkreis.

Halle, den 26. Juni 1926.

## Kreispartei fest in Wettin.

Die Parteigeneration hat einen Kampf hinter sich, auf dem die Feinde der Republik einen Sieg gemacht hätten. Das dieser erfohrte Sieg durch eine Niederlage wurde, ist der freudigen Mitarbeit aller Parteigenossen und Reichslandmännermannschaften, die Tag und Nacht unermüdet für die Sache des Volkes gearbeitet haben.

Nach dieser angestrengten Arbeit für den Volkseinstieg, für die die Parteigenossen in Wettin beschäftigt waren, sollen auch Stunden froher Erholung geboten werden. Der Parteiverband hat deshalb beschlossen, am Sonntag, dem 27. Juni, in Wettin ein Kreispartei fest abzuhalten.

Der Unterbezirksvorstand.

## Der „Nationale Ordnungsbund“ vor Gericht.

Da es den Rechtsparaten an dem nötigen Geist im politischen Kampfe mangelt, greifen sie zu Lüge und Verleumdung. Das war bei allen Wahlen so, ganz besonders aber im halleischen Provinzialparlamentstag. Da hatte sich alles, was unter der alten erwidrigen „Flagge Schwärz-Weiß“ steht, in der Firma „Nationaler Ordnungsbund“ zusammengefunden. Zum Oberpropagandisten hatte man Herrn Adolf Lindemann von der „Halleischen Zeitung“ gewählt, der seine sauberen Finger mit der Kasse der Eubelstiftung bemacht. In einer derselben wurde der Merseburger Regierungspräsident Gen. Grünher in niederträchtiger Weise verleumdet. Die lägerischen Behauptungen waren recht gemein und schandensüchtig, daß selbst die sonst nach rechts sehr freundlich blickende Justiz nicht anders konnte, denn gegen die Urheber der Falschblätter Anklage zu erheben. Der Prozeß sollte bereits am 29. Mai stattfinden, doch wurde er verschoben, da angeblich noch einige wichtige Akten fehlen. Die Rechtspreffe bemühte sich auch, zum Anlaß neuer Verleumdungen des Regierungspräsidenten, indem sie schrieb, daß der Prozeß vom Genossen Grünher abhänlig „berücksichtigt“ würde.

Seit vormittags 11 Uhr begann nun die Verhandlung vor dem Großen Schöffengericht in Halle. Angeklagt sind: Oberbezirksrat Ad. Lindemann (Halle), Amtsdirektor Hiesinger (Halle), Maschinenfabrikant Müller (Halle), Buchdruckereibesitzer Dr. Carlsson (Halle), Geschäftsführer Schwärzger (Halle), Geschäftsführer Kirchoff (Halle), Geschäftsführer Schwabe (Halle), Geschäftsführer Reichmann (Merseburg), Geschäftsführer Bogländer (Merseburg), Geschäftsführer Pfeiffer (Heinichen bei Zeitz), Geschäftsführer Mann (Gangsdorfen), Buchhändler Hartmann (Zeitz), Geschäftsführer v. Waffel (Wittenberg), Geschäftsführer Schiller (Querfurt). Die Anklage lautet, daß diese Herren, die deutsche Nation, die Ehre und Moral hatten für sich in einseitigen Demonstrationen und jeglichen Stacheln-Überzogenen Rechtsinnern Dr. Wegler aus Leipzig verführten. Der Verleumdung, Regierungspräsident Grünher, war als Nebenkläger zugelassen. Seine Rechtsberatung hatte Rechtsanwalt Dr. Fadenheim übernommen. Den Vorsitz in der Verhandlung führte Landgerichtsrat Krauß, die Anklage vertrat Oberstaatsanwalt Dr. Lützer persönlich, ein Beweis für die Bedeutung des Prozesses.

Vor Eintritt in die Verhandlung teilte der Vorsitzende mit, daß ein Schöff, Regierungsinspektor Willnow (Merseburg), die Mitwirkung wegen Verlangen abgelehnt hat. Die Verhandlung wurde daraufhin ausgesetzt und als Ersatzschöffe der Bezirker Martin Buchwanger einberufen. Der Verleumdung, Rechtsanwalt Pfeiffer, der anfangs wie die meisten Angeklagten mit dem Stahlelm abgesehen gekommen ist, erklärte, daß man „persönliche Begebenheiten“ gegen diese Schöffen haben müßte. Auf die Frage des Vorsitzenden nach der Art dieser „persönlichen Begebenheiten“ nannte er diese nicht und gab sich zu friedeln. Als zweiter Schöffe wirkte der Stadtorberrichter Schiffsleger Ad. W. ab. Mit der Abwahl der Reklamation wurde mit der Vernehmung der 14 Angeklagten begonnen.

## Welche Miete ist am 1. Juli zu zahlen?

Verschiedene, den Hauseigentümern dienende Zeitungen berichten kürzlich mit feiner Herabwürdigung: 100 Prozent Miete ab 1. Juli. In diesen 100 Prozent waren die Zuschläge zur Grundbesitzsteuer, die die Gemeinde Berlin erhebt, bereits enthalten. Die Zeitungen hatten aber vergessen, daß der Meistzahler inwieweit ein Gesetz beschlossen hat, wonach bis zum 1. April 1927 die Miethöhe nicht mehr als 100 Prozent der Friedensmiete betragen darf. Der Grund ist, daß die Zuschläge zur Friedensmiete betragen darf. Der Grund ist, daß die Zuschläge zur Friedensmiete betragen darf.

## Die Miete von 100 vom Hundert der Friedensmiete darf bis zum 31. März 1927 nicht überschritten werden.

Ausnahmen sind nur zulässig, soweit die Miethöhe einer höheren Miete erforderlich ist, um die in dem § 20 Abs. 3, 4 vorgesehene Aufwechsellieferung zu gewährleisten. Soweit die Miete für die Zeit nach dem 1. April 1926 bereits höher festgesetzt ist, übersteigt sie 20 Abs. 3, 4 vorgesehene Aufwechsellieferung bereits überschritten hat, bleiben die getroffenen Bestimmungen unberührt.

## Nach dieser halben Zahlung des Gesetzes ist es vollständig unmöglich, daß nach dem 1. Juli die Grundbesitzsteuer neben der 100 Prozent Miete noch auf die Miete umgelegt werden können.

Das Wort „Friedensmiete“ enthält vor allen Dingen das einseitig festgesetzte Mietrecht, das am 1. April 1926 in Kraft trat. In der Friedensmiete war früher alles enthalten, mit Ausnahme derjenigen Wohnungen in den Großstädten, die Warmwasser- und Zentralheizung hatten. Eine besondere Auflage der Grundbesitzsteuer und der Miete, wobei der Eigentümer noch viel weniger der Mieter, der Eigentümer kann nur eine, wenn er glaubt, mit seiner Mietminderung nicht mehr auskommen zu können, nahm er durch die Erhebung der Miete vor.

Wie ist nun jetzt die Rechtslage? Nach der Verordnung des preussischen Wohnobstbauamts vom 1. April 1926 und Grundbesitzsteuer, der von den Gemeinden erhoben wird und Grundbesitzsteuer, die die Mieter umlegen werden. Diese Verordnung kommt aus dem Jahre 1924. Das oben abgedruckte Gesetz, wonach die Miete bis zum 31. März 1927 100 Prozent nicht übersteigen darf, ist vom 1. April 1926. Diese Verordnung des Wohnobstbauamts ist für den 1. April 1926 in Kraft getreten, während das Gesetz über die Friedensmiete von 100 Prozent vom

Reichstag für das Deutsche Reich beschlossen wurde. Schon in Friedenszeiten ist es üblich, daß die Friedensmiete den Mietern zuzugunsten nicht erhöht werden darf. Es hätte allerdings nicht schaden, wenn die Friedensmiete in keinem Gesetz deutlicher zum Ausdruck gebracht hätte, daß die Grundbesitzsteuer für die Zukunft nicht mehr in Frage kommen dürfen. Die Folge dieser Unterlassung ist, daß es jetzt notwendig ist, die Grundbesitzsteuer neben der Friedensmiete von 100 Prozent ab 1. Juli die Grundbesitzsteuer neben der Friedensmiete umlegen zu können.

Wir stellen heute schon die maßgebenden Stellen darauf hin, daß unter Friedensmiete nicht immer voll umfaßt ist, auszuweisen, was der Mieter für die Zukunft nicht mehr in Frage kommen dürfen soll. Man soll nicht in einen unangenehmen Steuern und sonstigen Dingen kommen. Das Wort „Friedensmiete“, das beliebige Schlagwort der Hauseigentümer, soll am 1. Juli wieder die Bedeutung erhalten, die es früher gehabt hat.

Der Mieterhof rufen wir aber zur Zeit auf der Hut und gebt der Weisheit Worte, S. 8, von allen falschen Meinungen, in denen das Reichsrecht nicht beachtet wird! Erhebt also die preussische Staatsregierung ab 1. Juli eine höhere Friedensmiete, so ist die Friedensmiete, erhebt und erhebt keine andere Miete als die, die am 1. Juli 1914 gesetzlich über das Mietverhältnis im einzelnen festgelegt worden ist.

Reichsbund Deutscher Mieter. Paul Hopf.

## 25 Jahre halleischer Zoo.

Seit heute mittags 12 Uhr an findet die offizielle Feier des 25jährigen Bestehens des Zoologischen Gartens der Stadt Halle statt. Da trifft es sich zum Glück, daß der halleische Zoo nicht ein einfaches neues Schaulustig bereichert worden ist. Die Eingehaltbrauerei in Halle stilltete zum 25jährigen Jubiläum des Zoo einen schwarzen Panther. Außerdem den mehr oder weniger schön und braun gefärbten Hirschen, der dieses schwarze Tier mit seiner leuchtend gelben Augen eine besonders schöne Wirkung aus. Der schwarze Panther ist eine Barbenspielart des indischen Leoparden, die am meisten auf Sumatra vorkommt, wobei auch unter Vorherrschaften kommt. Ein zweites Jubiläumsgeschenk ist die Lieferung eines riesigen Arabis mit mächtigen Blüthen, welche die halleischen Zoologen, neben dem Wächter der Gastwirtschaft „Zoologischer Garten“, der Vogel hat bei den Kranichen im ersten Zeitpunkt ein neues Heim gefunden.

Das Publikum des Gartens wird am heutigen Sonnabend nachmittags abends festlich begrüßt. Am 1. Juli 1901 wurde der Zoo eröffnet. Ein Teil der Zoo-Tiere wird sich persönlich dem Publikum vorstellen, um die Glückwünsche in Empfang zu nehmen. Eine Tombola und Versteigerung wird ebenfalls den Teilnehmern des Festes Gelegenheit geben, Günstige, hübsche Jubiläumsgeschenke zu erwerben. Am folgenden Sonntag, dem 27. Juni, wird der Zoo für den Nachmittag wieder für den Zoologischen Garten zu erwerben. Am folgenden Sonntag, dem 28. Juni, wird der Zoo für den Nachmittag wieder für den Zoologischen Garten zu erwerben. Am folgenden Sonntag, dem 29. Juni, wird der Zoo für den Nachmittag wieder für den Zoologischen Garten zu erwerben.

## Die Hebammengebühren.

Die Ansprüche der Hebammen werden durch Gebührensatzungen in den einzelnen Regierungsbezirken festgelegt. Diese Gebührensatzungen enthalten sämtlich die Vorschrift, daß die Hebamme nur die Mindestgebühren zu verlangen hat, wenn die Geburt eine ordentliche Abfolge zeigt. Ueber die Auslegung dieser Bestimmungen hat der Verband der Kranenfrauen Sachsen-Anhalt mit den zuständigen Behörden seit längerer Zeit Verhandlungen gepflogen. Die Frage ist sehr wichtig, weil die Hebamme in der Regel die Kosten der Geburt zu zahlen hat. Die Hebamme in der Regel die Kosten der Geburt zu zahlen hat. Die Hebamme in der Regel die Kosten der Geburt zu zahlen hat.

## Kirchenaussicht und Religionsunterricht.

In dem Hand eines Einzelnen wurde in einer kleinen Anklage eines Sozialdemokraten ein Antrag eingebracht, den Kirchenaussicht unter den Namen von Religionsunterricht sei. Wie der Antiklerikale Verleser auf Grund der Antwort des preussischen Kultusministers mittelst, ist nach dem unter dem Titel „Kirchenaussicht“ enthaltenen Bestimmungen, die sich auf die Erhebung der Gebühren für den Unterricht in kirchlichen Veranstaltungen außerhalb der Schule beziehen. Zu den kirchlichen Feiern rechnen die Gemeindeglieder, die Religionsunterricht und andere Feiern, die nicht von der Schule abgetrennt sind. Anders liegt es mit dem Unterricht in kirchlichen Veranstaltungen außerhalb der Schule, der von der Schule abgetrennt ist. Die Gebühren für den Unterricht in kirchlichen Veranstaltungen außerhalb der Schule, die von der Schule abgetrennt sind, sind in der Regel höher als die Gebühren für den Unterricht in kirchlichen Veranstaltungen innerhalb der Schule.

## Die Zukunft der Döläuer Heide.

Die Zukunft der Döläuer Heide. Der Hauptausgangspunkt des preussischen Landtages hat einen Antrag folgenden Wortlaut angenommen: Die Staatsrentenverwaltung ist ersucht, 1) in der Döläuer Heide eine Staatsrentenverwaltung einzurichten, die die Heide in zwei Teile zu teilen; 2) bei etwaigen Verhandlungen mit der Stadt Halle über den Erwerb der Döläuer Heide der künftigen Zweckbestimmung der Döläuer Heide als Erholungsstätte Rechnung zu tragen und großes Entgegenkommen zu zeigen. Es scheint also begründet anzunehmen, daß die vom Minister eingeleiteten Verhandlungen auf Erwerb dieser herrschaftlichen Grundfläche zum Ziel führen.

## Die Rosen sind erblüht.

Die Rosen sind erblüht. Die Rosen im Amtspark stehen in voller Blüte. Es sind viele neue Sorten angepflanzt. Reicht nur bei dem Wecheln der blühenden Blüten erforderliche Sonnenhitze.

## Die Zahlung der Steuerrenten für Monat Juli findet beim Reichsbund am 27. Juni statt.

Die Zahlung der Steuerrenten für Monat Juli findet beim Reichsbund am 27. Juni statt. Am 29. Juni für die H-Kontenempfänger, am 30. Juni für die H-Kontenempfänger, am 3. Juli für die Nachzügler. Zahlzeit: 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

## Das Klima in Halle.

Im dem Bericht der Akademie der Naturforscher in Halle macht H. Goldfleisch bemerkenswerte Ausführungen über das Klima in Halle. Wir geben im Auszug das wichtigste seiner Beobachtungen und Forschungen wieder:

Die Einflüsse, deren Zusammenwirken das Klima von Halle bestimmt, sind einmal natürliche, entweder allgemeiner oder spezieller, lokaler Natur, oder künstliche, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene. Eine engere Beziehung des Klimas von Halle besteht zu der Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene. Eine engere Beziehung des Klimas von Halle besteht zu der Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene.

Das Klima in Halle ist durch die Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse bestimmt. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene. Eine engere Beziehung des Klimas von Halle besteht zu der Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene.

Das Klima in Halle ist durch die Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse bestimmt. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene. Eine engere Beziehung des Klimas von Halle besteht zu der Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene.

Das Klima in Halle ist durch die Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse bestimmt. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene. Eine engere Beziehung des Klimas von Halle besteht zu der Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene.

Das Klima in Halle ist durch die Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse bestimmt. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene. Eine engere Beziehung des Klimas von Halle besteht zu der Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene.

Das Klima in Halle ist durch die Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse bestimmt. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene. Eine engere Beziehung des Klimas von Halle besteht zu der Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene.

Das Klima in Halle ist durch die Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse bestimmt. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene. Eine engere Beziehung des Klimas von Halle besteht zu der Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene.

Das Klima in Halle ist durch die Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse bestimmt. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene. Eine engere Beziehung des Klimas von Halle besteht zu der Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene.

Das Klima in Halle ist durch die Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse bestimmt. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene. Eine engere Beziehung des Klimas von Halle besteht zu der Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene.

Das Klima in Halle ist durch die Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse bestimmt. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene. Eine engere Beziehung des Klimas von Halle besteht zu der Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene.

Das Klima in Halle ist durch die Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse bestimmt. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene. Eine engere Beziehung des Klimas von Halle besteht zu der Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene.

Das Klima in Halle ist durch die Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse bestimmt. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene. Eine engere Beziehung des Klimas von Halle besteht zu der Lage zwischen dem kontinentalen und maritimen Einflüsse. Von Osten her erstricht sich der südober-ozeanische, östliche, Steppencharakter, zum größten Teil als „Obersteppencharakter“. Von Westen und Nordwesten her strömt der atlantische, westliche, ozeanische, feuchte, durch die menschliche Tätigkeit hervorgerufene.



Wozent. Sie hätte noch besser sein können, wenn einzelne...  
Wozent. Sie hätte noch besser sein können, wenn einzelne...  
Wozent. Sie hätte noch besser sein können, wenn einzelne...

# Gewerkschaftliches.

## Metallarbeiter, tut Eure Pflicht!

Der Delegiertenrat des Bremer Verbandes der Deutschen...  
Der Delegiertenrat des Bremer Verbandes der Deutschen...  
Der Delegiertenrat des Bremer Verbandes der Deutschen...

ausgezeichnet gestützt, sondern auch der bisherige Verlauf...  
ausgezeichnet gestützt, sondern auch der bisherige Verlauf...  
ausgezeichnet gestützt, sondern auch der bisherige Verlauf...

## 13. Verhandlungstag der Buchdrucker.

4. Verhandlungstag. Nachmittags-Sitzung.  
Nach der Beratung tariflicher Fragen in geschlossener Sitzung...  
Nach der Beratung tariflicher Fragen in geschlossener Sitzung...

5. Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.  
In der Vormittags-Sitzung am Freitag hielt Genosse Prof. Dr. C. S. H. ein...  
In der Vormittags-Sitzung am Freitag hielt Genosse Prof. Dr. C. S. H. ein...

Ergebnis des Weltwanderungstreffens.  
Einstimmige Annahme verschiedener Entschlüsse.  
Ergebnis des Weltwanderungstreffens...  
Einstimmige Annahme verschiedener Entschlüsse...

## Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 26. Juni 1920.  
Eine wichtige Sitzung der Arbeiterabteilung findet heute...  
Eine wichtige Sitzung der Arbeiterabteilung findet heute...

Einmalige Rückfälle herrschen in der Wirtschaftskrise...  
Einmalige Rückfälle herrschen in der Wirtschaftskrise...  
Einmalige Rückfälle herrschen in der Wirtschaftskrise...

Metallarbeiter. Morgen Sonntag von vormittags 10 bis...  
Metallarbeiter. Morgen Sonntag von vormittags 10 bis...  
Metallarbeiter. Morgen Sonntag von vormittags 10 bis...

## Frankfurter Lande.

Frankfurt, den 26. Juni 1920.  
Der Reichstag ist heute geschlossen.  
Der Reichstag ist heute geschlossen.

## Der Reichstag ist heute geschlossen.

Die Kommunisten des Reichstages haben heute...  
Die Kommunisten des Reichstages haben heute...  
Die Kommunisten des Reichstages haben heute...

Der Reichstag ist heute geschlossen. Die Kommunisten...  
Der Reichstag ist heute geschlossen. Die Kommunisten...  
Der Reichstag ist heute geschlossen. Die Kommunisten...

## Die Durchführung des Reichsbahn-Schiedspruchs.

Ausführung der Vorkonvention am 1. Juli.  
Am Freitag fanden in der Hauptverwaltung der Deutschen...  
Am Freitag fanden in der Hauptverwaltung der Deutschen...

Wichtige Mitgliederversammlung der SPD.  
Morgen, Sonntag, abends 8 Uhr im Volkshaus. Zur Tages...  
Morgen, Sonntag, abends 8 Uhr im Volkshaus. Zur Tages...

## Das tägliche Brot.

Ein Brot kostet so viel wie das andere. Da sollte man...  
Ein Brot kostet so viel wie das andere. Da sollte man...  
Ein Brot kostet so viel wie das andere. Da sollte man...

**Flammeris**  
Maizen für Puddings  
das Kraftmehl und Gebäck

Die Durchführung des Reichsbahn-Schiedspruchs.  
Ausführung der Vorkonvention am 1. Juli.  
Am Freitag fanden in der Hauptverwaltung der Deutschen...

Die Durchführung des Reichsbahn-Schiedspruchs.  
Ausführung der Vorkonvention am 1. Juli.  
Am Freitag fanden in der Hauptverwaltung der Deutschen...

Die Metallarmaturen geben aufs Ganze.  
In München wird uns berichtet: Die bayerischen Metall...  
In München wird uns berichtet: Die bayerischen Metall...

Die Durchführung des Reichsbahn-Schiedspruchs.  
Ausführung der Vorkonvention am 1. Juli.  
Am Freitag fanden in der Hauptverwaltung der Deutschen...

Die Durchführung des Reichsbahn-Schiedspruchs.  
Ausführung der Vorkonvention am 1. Juli.  
Am Freitag fanden in der Hauptverwaltung der Deutschen...

Die Durchführung des Reichsbahn-Schiedspruchs.  
Ausführung der Vorkonvention am 1. Juli.  
Am Freitag fanden in der Hauptverwaltung der Deutschen...



**Kurhaus Wittekind**  
Mittwoch, den 30. Juni:  
**80. Brunnenfest**  
1 Uhr: Grobes Festessen  
Anmeldung nimmt entgegen Paul  
Zscheyge, Fernruf 6286.  
Musikkapelle Frauendorf unter  
Mitwirkung Hallisch. Künstler  
4 bis 11 Uhr im Garten:  
**Konzert**  
ausgef. vom Hall. Sinfonie-Orchester.  
Leitung: Benno Platz.  
Von 8 Uhr ab in zwei Sälen: **Tanz**  
unter den Klängen der Jazz-Musik  
Tanz-Sport-Orchester Frauendorf, Halle  
u. Tanz-Tarrier-Orchester Wira, Leipzig.  
**Sonntag, 27. Juni, von 12-2 Uhr:**  
**Diner**  
Abends 8 Uhr:  
**Oscillationsabend mit Tanz**

**Volkspark**  
Telephon 1107 und 9025  
Gute Sonntagsabend:  
**Garten-Konzert :: Ball**  
(Johannistag der Buchdrucker)  
Morgen Sonntag  
**Frei-Konzert :: Ball**  
555-Bier, Raimbolder Bier  
Hüttguts-Cafe

**Erfinder — Vorwärts**  
sich eine gute Verdienstmöglichkeit?  
Aufklärung u. Anregung geb. Broschüre  
„Ein neuer Geist“ gratis a. Eric-  
mann & Co., Berlin, Königgrätzer Str. 71

**Sprech-Apparate**  
Ulrich Vog.  
Höfer, Deben,  
Volpation u. a.  
Schallplatten  
von 50 Bln. an.  
N. Lüders  
str. 910

Die Frau die am  
Meistgeschick  
4 1/2 Uhr in Rubens  
Mittwochabend das  
Bücher bekommen  
wird auf jeden Fall  
dieses dem Glanz  
immer sofort zurück-  
surufen, da sie er-  
kannt ist. Abgabe  
dort selbst an d. Koffel.

**Oku** getch.  
die Garantemarke in  
Pulverpackungen.  
Weinverkauf für  
Halle.  
Einhorn-Druggie,  
Schmerzh. 13  
Königs-Druggie,  
Vindenzstr. 55  
Bismarck-Druggie,  
Kronprinzenstr. 19  
H. Brecht, Druggie,  
Möringanger  
Nord-Druggie,  
Wilhelmstr. 5  
H. Schäfer, Druggie,  
Weinauerstr. 18  
Central-Druggie,  
E. Meyer, Druggie,  
47, Ammendort.

**Rheumatismus**  
Standard's Rheu-  
ma o. l. s. u. s. e. e.  
Sambuch mit  
ein saubermittel, a  
Paket 20 K. 0,90, ba-  
u Standard-Ker-  
methergeth. kleine  
blaue Mark 0,80,  
große Mark 1,30.  
Blauende An-  
erkennungen. Nur  
bei tel. Standard-  
Druggie, Berlin  
42 30, Dorotheen-  
straße 69, Telefon  
23000 F 858

**Lauchstädter  
Brunnen**  
Zu Hausrinkkuren



Seit mehr als 200 Jahren geradezu  
hervorragend bewährt und ärztlich  
empfohlen bei  
**Rheumatismus, Gicht,  
Nervosität,  
Blutarmut, Dietsucht,  
Mattigkeit,  
schlechter Blutbeschaffenheit.**  
Bestes Kurgetränk bei  
**Zucker- und Nierenleiden**  
Brunnenversand der Heilquelle Bad Lauscha  
Man hüte sich vor Nachahmungen und verlange  
nur den echten Lauchstädter Mineralbrunnen mit  
der oben abgebildeten Original-Etikette.  
**Hauptniederlage in Halle:**  
**Helmhold & Co.**  
Mineralbrunnen-Großhandlung  
Leipziger Straße 104 Fernsprecher 6094

**Sonderzug nach dem Spreewald.**

Am Sonntag, dem 4. Juli 1926, verkehrt ein Sonntags-  
sonderzug 4. Klasse von Halle nach Zschopau und zurück  
mit 1/3 Fahrpreismäßigung. Alles Nähere ist aus den Aus-  
hängen auf den Bahnhöfen, an den Aufschlagkästen usw. sowie  
aus dem bei den Bahrtarnterverkaufsstellen kostenlos erhalt-  
lichen Führer zu ersehen. Kartenverkauf ab sofort bei den  
Bahrtarnterverkaufsstellen, Ammendort, Werleberg und Zenna  
sowie beim Verkehrsamt Roter Turm und Reisebüro,  
Poststraße (Stadt Hamburg), 4151  
Halle a. S., den 21. Juni 1926.  
Deutsches Reichsbahn-Direktionsamt.  
Vorstand des Eisenbahn-Verkehrsamts Halle (Saale).

**Ufa-Theater Leipziger Straße**

**Alles lacht**  
über die quacksalbrige, über-  
mütige  
**Ossi Oswald**  
und den liebeswüdrigen und  
humorvollen Bouviant  
**Georg Alexander**  
in dem Ufa-Großfilm  
**Herrn Filip Collins Abenteuer**  
Der mit technischer Über-  
legenheit all. Art ausstattete  
Film hat nicht nur ein hohes  
Tempo, sondern auch eine der-  
artige Fülle von originellen Ein-  
fällen und lebendigem Humor,  
daß man ihn als Lustspiel der  
ersten Ranges bezeichnen muß.  
Dazu das große Beiprogramm  
und die  
**Ufa-Wochenschau**  
Beginn:  
Sonntags 3 Uhr, Werktags 4 Uhr.

**Ufa-Theater Alte Promenade**

**Alles bewundert**  
die beredend schöne Filmdiva  
**Gloria Swanson**  
in ihrer größten Filmleistung als  
**Madame Sans Gêne**  
Noch nie war Gloria Swanson so  
bildschön, so verführerisch und so  
temporanstößig wie in diesem Film.  
Die Pariser Mussen haben echte,  
von Napoleon getragene Uniformen,  
Tabakieren und Schmuckstücke für  
den Film zur Verfügung gestellt, so  
daß schon allein die Ausstattung das  
Filmwerk zu einer Attraktion erster  
Klasse macht.  
Dazu das große Beiprogramm  
und die  
**Ufa-Wochenschau**  
Jugendliche haben Zutritt u.  
ahlen zur erst. Vorstellung kleine  
Preise.  
Beginn:  
Sonntags 3.15, Werktags 4 Uhr.

**Die Fünfer aller Fünfer**



**DOLOMIT**  
ZIGARETTE  
**5 Pfg.**  
**SUNNE**  
GEORG JASMATZI & SOHNE, DRESDEN



**Drum sag' ich's noch einmal:  
Es ist falsch, Persil heiß aufzulösen!**  
Die Waschwirkung  
ist nur halb so gross wie bei  
richtiger Anwendung.  
**Persil wird kalt  
aufgelöst!**  
Zum Weichmachen des Wassers ver-  
rührt man vorher einige Handvoll  
Benko Bleich-Soda im Kessel. Neh-  
men Sie auch zum Einweichen nur  
die altbewährte Benko Bleich-Soda.  
Am besten nehmen Sie einen  
Eimer, verrühren Persil mit der  
Hand u. tun diese Lösung in  
den gleichfalls mit kaltem Was-  
ser gefüllten Kessel, dann  
wird die Wäsche hinzugelegt  
und gekocht.  
Sie glauben gar nicht wie wich-  
tig der Punkt „kalt auflösen“  
für ein bequemes u. billiges  
Waschen ist!

**Zugunsten  
erholungsbedürftiger Kinder**  
veranstaltet die  
**Arbeiter-Wohlfahrt**  
unter gütiger Mitwirkung  
des „Freien Sängerkhor“  
am Freitag, dem 2. Juli 1926,  
abends 8 Uhr, ein erstklassiges

**Konzert im Volkspark**  
unter Leitung des Herrn Musik-  
direktor Schütze (35 Musiker)  
Vorverkaufsstellen: Freie Volksbühne, Brüder-  
straße 14, Volksblatt-Buchhdlg., Gr. Ulrichstr. 27  
und Hatz 42/44 (Eckladen), Zigarrenschütz  
Albrecht, Lindenstraße 38, Volkspark (Büfett)

**Nur kurze Zeit:**  
5- u. 6-Pfz-Zigarren  
Schweiz Stamp 31/3  
250g Gold-Snag 60/3  
**Walt. König**  
Gr. Klausstr. 27  
3161

**Fensterglas,  
Bogglas,  
Draktglas,  
Ornamentglas,  
Spiegelglas,  
Hohlgläser,  
Autogläser,  
Glaskeramik.**  
**Moebius**  
Dessauer Straße 5  
Fernruf 1611

Alle Anzeigen  
finden im  
„Volksparkblatt“  
einen  
erfolgreich

**Neuzeitliche  
Bettfedern-  
Reinigung**  
Moderne Anlage mit Hotstäubungs-  
und Kühlkammer. 4161  
Täglich im Betrieb und sehr billig!  
Abholung und Zufuhr kostenfrei!  
Wirklchen tarbechte und ledere-  
diente  
**Inlette**  
langjährig bewährte Qualitäten.  
**Bettenhaus**  
**Bruno Paris**  
Kleine Ulrichstraße 2, Eingang  
Kanzleigasse, 2 Minuten v. Markt.

**Merseburger Kinderfest**  
empfiehlt ich allen Besuchern  
meinen Stand mit  
**Zigarren und  
Zigaretten**  
**Hugo Thomas**  
Zigarrenfabrik  
Deltrube 5 Gegründet 1895  
(Stand gegenüber der Firma Auto-Engel)

**Rorn & Zöllner**  
Halle a. S., Brüderstraße 13, Tel. 3763  
Ba. Werkzeuge zur Holzbearbeitung  
Eisenwaren, gefirniste Anlagen und  
Möbel, Bierleihen, Partierengarnituren  
Lederleim, Rattleim.

**An die Einwohnerchaft von  
Bitterfeld und Umgegend!**  
Mit dem heutigen Tage eröffne ich eine  
**Schleiferei**  
für schneidende Instrumente.  
Um gütigen Zuspruch bittet 4162  
**Albert Kossack, Schlicher,**  
Bitterfeld,  
Binnengärtenstrasse 1.

**Antliche Bekanntmachungen**  
**Eisleben**  
Nachdem die Wais- und Mauerentgelt  
unter den Beschäftigten einiger hier  
wohnhafter Landwirte erhoben ist, wird  
der durch unsere wiederholte öffentliche  
Ankündigung vom 22. März 1926 aus dem  
Zugabeblatt Eisleben gefälligte Schenk-  
bescheid hierdurch aufgehoben. Die Auf-  
hebung der Sperrbesetze ist bereits erfolgt.  
Eisleben, den 24. Juni 1926. 4149  
Die Polizeiverwaltung.

**Bekanntmachung.**  
Da die Stadtverordneten-Versammlung  
bei der Sitzung am 24. Juni 1926 es abgelehnt  
hat, in eine Vertagung der vom Magistrat  
eingehend bearbeiteten und den Stadt-  
verordneten überreichten Haushaltspläne  
für das Rechnungsjahr 1926 einzutreten,  
sowie die vom Magistrat bedrungen ge-  
leisteten Gewerbesteuerumlagen (Ertrags-  
steuer von 750 Bros. auf 500 Bros., Voll-  
kommenersteuer von 2250 Bros. auf 200  
Bros.) vom 1. Juli 1926 an leiblich noch  
nicht erhoben werden. Auf Grund der  
Ziffer 2 des § 59 des Reich-Gesetzes  
vom 26. August 1921 (Reich-Gesetz Nr. 495)  
müssen nunmehr die für das Rechnungsjahr  
1925 festgesetzten gemeindef. Realsteuer-  
umlagen zu den bekannten Zahlungs-  
terminen des zur ordentlichen Rechnungs-  
ablage durch die Gemeinde, beim Fest-  
setzen durch die Stufrechtsbehörde, weiter  
erhoben werden. 4147  
Eisleben, den 25. Juni 1926.  
Der Magistrat.

**NW&K  
WOLLGARNE**  
**Dreilaufwolle**  
für alle Arten moderner Handarbeiten  
Überall erhältlich: Auf Wunsch Besondere  
Sternwoll-Spinnerei Bahrenfeld G.m.b.H., Altona - Bahrenfeld

# Feinde der Sparer.

### Nur die Sozialdemokratie vertritt die berechtigten Interessen der Sparer. / Fortsetzung des deutsch-nationalen Fallspiels.

Das Reichsamt hat, wie bereits gemeldet, den Entwurf eines zweiten Gesetzes über den Volkseigentum, das sog. Aufwertsengesetz, kurz vor dem Beginn der ersten Beratung im Plenum des Reichstages zurückgezogen. Dieser Entschluß kam zustande, nachdem die Sozialdemokratie dafür gefordert hatte, daß die Beratung des Entwurfs endlich erfolgen sollte. Die Regierung ist also einer Debatte über ihre Vorlage ausweichen geblieben. Das war nun von ihr, denn die erforderliche Zweidrittelmehrheit hatte der Entwurf schon deshalb nicht erhalten, weil die Sozialdemokratie von Anfang an abweichend gegenüberstand. Nach längerem wäre es freilich gewesen, wenn das Kabinett — es war noch das Kabinett Luther — den Entwurf gar nicht eingebracht hätte.

Die Vorlage war erfolgt, nachdem der Sparebund am 27. April seinen Antrag auf Zulassung des Volkseigentums verweigert hatte. Die Forderung der Aufwertsengesetze bei dem Reichstagsamt geschickelt. Der Sparebund wollte dieses Volkseigentum für unzulässig erklären, indem er aus sprach, daß Gesetze, die die Folgen der Geldentwertung regeln, dem Volkseigentum entgegen liegen. Die Sozialdemokratie ließ sofort keinen Zweifel darüber, daß sie für eine weitere Einengung der Volkseigentumsbeschränkung über den Volkseigentum nicht zu haben ließe. Die Regierung der Sozialdemokratie erklärte, daß die Volkseigentumsbeschränkung über den Volkseigentum nicht zu haben ließe. Die Regierung der Sozialdemokratie erklärte, daß die Volkseigentumsbeschränkung über den Volkseigentum nicht zu haben ließe.

## Deutscher Reichstag.

### Freunde und Feinde des Mieterkampfes.

Am Reichstag wurde die Debatte über die Novelle zum Mieterkündigungsgesetz fortgesetzt. Der Ministerialdirektor des Reichsjustizministeriums Dr. Jäger wandte sich gegen diejenigen, die die Wohnungswirtschaft jetzt schon befehlen wollen. Es könne sich jetzt nur um Wiederrufen einzelner Punkte handeln. Die Regierung habe auch nicht beabsichtigt, die vollständige Verdrängung der gewerblichen Räume aus den Mieterhäusern. Die bisher radikalste Rede für die Aufhebung des Mieterkündigungsgesetzes hielt Abg. Lude von der Wirtschaftlichen Vereinigung. Er bezeichnete den Mieterkampf als ein ganzes neues Unglück. Die Rechte des Mieters müßten sichergestellt kommen, um die Wohnungswirtschaft zu beleben. Die Regierung habe es als der Mieter befehligt, daß überhaupt eine allgemeine Wohnungswirtschaft vorhanden sei. (1) Eine Lebensdauer der Friedensmiete um 50 bis 100 Prozent dürfe nicht als Bucher bezeichnet werden. Der demokratische Abg. W. Jäger sprach für die Annahme der Wiederrufbestimmungen. Die richtige Mittelstraße zwischen Hausbesitzer und Mieter hielten. Der bürgerliche Volksparteiler Schürmer hielt die Aufhebung des Mieterkündigungsgesetzes nicht für angebracht, während der bürgerliche Abg. E. Jäger energisch die sofortige Beilegung der Wohnungswirtschaft forderte. An der Spezialdebatte sprach der sozialdemokratische Abg. S. Jäger dagegen, daß sich bei einem Mieterkampf nicht ein Monat, sondern 20 bis 30 Monate nach dem jetzigen gesetzlichen Zustand die Mündigungsfrist vorfinden würde. Er polemisierte ferner gegen die Verdrängung der Mieter. Ein Wohnungswechsel gezwungen werden kann, wenn ihm ausreichende Räume zur Verfügung gestellt werden. Während bisher die Mieter in die Räume vorgezogen waren, die sozialdemokratische Fraktion beantragte die Wiederherstellung der ursprünglichen Regelung. Gegen alle Angriffe der Rechtsparteien auf weitere Durchlösung des Mieterkampfes wird die Sozialdemokratie stimmen. Sie macht nur der sozialdemokratischen Bewegung darauf hin, daß die von der Sozialdemokratischen Bewegung und der Wirtschaftlichen Vereinigung geforderte Beilegung des Schubes für gewerbliche Räume auch weit Teile des Mittelstandes hart beunruhigt. Gegenüber einem Einritt des Kommunismus müsse, daß die Sozialdemokratie sich damit einverstanden erklärt habe. Die Regierung über die Mieterfrage im Reichstagsplenum auf 20 Minuten zu besprechen, stellte der sozialdemokratische Abg. Epstein fest, daß sich der Ausschuss über 2 1/2 Monate lang mit dem Gesetzentwurf beschäftigt habe. In dieser langen Zeit sei alles Notwendige gesagt worden. Jetzt handle es sich darum, rasche Arbeit zu leisten, weil das alle Gesetz am 1. Juli ablaufen. Die Sozialdemokratie werde also gerade für die Mieter, wenn sie einer Verkürzung der Redezeit zugestimmt habe.

## Erwerbslose und Wirtschaftsnote.

### Ein sozialdemokratischer Vorschlag zur besseren Organisation der produktiven Erwerbslosenfürsorge

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Freitag mit einem längeren Bericht eines von ihm eingesetzten Untersuchungsausschusses der Vorschläge und Maßnahmen zur besseren Organisation der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Der Vorsitzende Herr Dr. Jäger sprach über die Vorschläge, die von der Kommission und dem Ausschuss für die Anstellung von Arbeitern im Plenum des Reichstages zur Annahme empfohlen worden sind. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss stimmte der Entscheidung einmütig zu. Die Vorschläge sind:

Der Reichstag wolle beschließen: Ausgehend von der Ermüdung, daß

- a) mit der im Herbst 1925 einwirkenden Wirtschaftskrise seit Anfang d. J. etwa 2 1/2 Millionen bürgerliche Erwerbslose und mehrere Millionen kurzarbeitende vorhanden sind;
- b) diese Krise in unermesslicher Schärfe anhaltet und keine begründete Aussicht vorliegt, daß die große Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit eine erhebliche Bisminderung erfährt;
- c) das zweite Kräftejahr und damit der nächste Winter insbesondere für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Millionen erwerbslos in der Gefahr liegt und damit die allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten vergrößert, hält der Deutsche Reichstag für dringend geboten, daß in organischer Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Wirtschaft die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um den Arbeitsmarkt zu beleben, die Arbeitslosigkeit zu fördern und den Erwerbslosen Beschäftigung zu geben.

Aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen ist es unzulässig, Millionen Arbeitnehmer einer jahrelangen Erwerbslosigkeit preisgegeben. Es muß Vorgehens getroffen werden, daß ein neuer Teil Erwerbsloser zumind. in dem Maße mit Notstandsarbeiten beschäftigt wird, daß die längere Zeit Erwerbslosen innerhalb eines Jahres wenigstens a) beschäftigt in ein Vierteljahr und länger Beschäftigung finden. Das würde bedeuten, daß beim gegenwärtigen Stand der Erwerbslosigkeit laufend mindestens etwa 500 000 Arbeitslose mit produktiven Notstandsarbeiten beschäftigt werden müßten.

An solchen Arbeiten fehlt es nicht. Auf einer Reihe von Gebieten können Arbeiten in Angriff genommen und durchgeführt werden, zu denen entweder bereits die baulichen Pläne vorliegen oder letztere ohne erhebliche Schwierigkeiten und in kurzer Zeit vorbereitet werden können. Bei diesen Arbeiten ist deren Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit voranzutreiben. Dazu gehören unter anderem

- 1. der Straßenbau und die notwendige Erneuerung eines größeren Teils der Straßenbrücken, die dem neuzeitlichen Verkehr nicht mehr entsprechen;
- 2. die Kultivierung von Obedlandflächen, Broom-

geländen und anderen unfruchtbaren Böden, der in Deutschland über 8 Millionen Hektar zählt und zum größeren Teile unfruchtbar gemacht werden kann. Das würde der Gesamtwirtschaft zum Vorteil gereichen und auch neue Arbeitsmöglichkeiten in der Landwirtschaft schaffen.

3. die Schaffung eines deutschen Kanals, die der Förderung des Wassertransportweges und der deutschen Wirtschaft dienen;

4. Auf- und Wackerungen zum Gewinnung von Kalkstein und anderem Gestein, sowie zur Verhütung von Bodenerosionen;

5. Staunlagen, Staudämme usw., um den stets wiederkehrenden Hochwasserständen vorzubeugen;

6. Anlagen zur Gewinnung von Wasserkraften, die auch zum Teil mit den unter 3, 4 und 5 bemerkten Arbeiten zu verbinden sind und die Gesamtanlagen wirtschaftlicher gestalten können;

7. der Wohnungsbaun, dessen arbeitsreiche Förderung — auch eventuell durch produktive Erwerbslosenförderung — dringend notwendig ist, um sowohl der Wohnungsnot wie der darniederliegenden Beschäftigung zu begegnen;

8. Elektrifizierung der Eisenbahnen.

Die Reichsregierung wird ersucht, die Behandlung der in dieser Entschließung enthaltenen Fragen tunlichst zu beschleunigen und dem Reichstage zu berichten. Es ist zu erwarten, daß der Reichstag dieser Entschließung zustimmt und so zum ersten Male in umfassender Form ein größeres Arbeitsprogramm zur Bekämpfung Erwerbsloser von dem Reichstag in den Vordergrund stellt. Dann muß mit aller Energie die Mittelstraße zwischen Hausbesitzer und Mieter gehalten werden, doch dieses Arbeitsprogramm auch zur Vermittlung gelangt. Das erfordert die Not der Millionen Erwerbsloser und liegt vor allem auch im Interesse der Wirtschaft.

## Deutscher Reichstag.

### Freunde und Feinde des Mieterkampfes.

Am Reichstag wurde die Debatte über die Novelle zum Mieterkündigungsgesetz fortgesetzt. Der Ministerialdirektor des Reichsjustizministeriums Dr. Jäger wandte sich gegen diejenigen, die die Wohnungswirtschaft jetzt schon befehlen wollen. Es könne sich jetzt nur um Wiederrufen einzelner Punkte handeln. Die Regierung habe auch nicht beabsichtigt, die vollständige Verdrängung der gewerblichen Räume aus den Mieterhäusern. Die bisher radikalste Rede für die Aufhebung des Mieterkündigungsgesetzes hielt Abg. Lude von der Wirtschaftlichen Vereinigung. Er bezeichnete den Mieterkampf als ein ganzes neues Unglück. Die Rechte des Mieters müßten sichergestellt kommen, um die Wohnungswirtschaft zu beleben. Die Regierung habe es als der Mieter befehligt, daß überhaupt eine allgemeine Wohnungswirtschaft vorhanden sei. (1) Eine Lebensdauer der Friedensmiete um 50 bis 100 Prozent dürfe nicht als Bucher bezeichnet werden. Der demokratische Abg. W. Jäger sprach für die Annahme der Wiederrufbestimmungen. Die richtige Mittelstraße zwischen Hausbesitzer und Mieter hielten. Der bürgerliche Volksparteiler Schürmer hielt die Aufhebung des Mieterkündigungsgesetzes nicht für angebracht, während der bürgerliche Abg. E. Jäger energisch die sofortige Beilegung der Wohnungswirtschaft forderte. An der Spezialdebatte sprach der sozialdemokratische Abg. S. Jäger dagegen, daß sich bei einem Mieterkampf nicht ein Monat, sondern 20 bis 30 Monate nach dem jetzigen gesetzlichen Zustand die Mündigungsfrist vorfinden würde. Er polemisierte ferner gegen die Verdrängung der Mieter. Ein Wohnungswechsel gezwungen werden kann, wenn ihm ausreichende Räume zur Verfügung gestellt werden. Während bisher die Mieter in die Räume vorgezogen waren, die sozialdemokratische Fraktion beantragte die Wiederherstellung der ursprünglichen Regelung. Gegen alle Angriffe der Rechtsparteien auf weitere Durchlösung des Mieterkampfes wird die Sozialdemokratie stimmen. Sie macht nur der sozialdemokratischen Bewegung darauf hin, daß die von der Sozialdemokratischen Bewegung und der Wirtschaftlichen Vereinigung geforderte Beilegung des Schubes für gewerbliche Räume auch weit Teile des Mittelstandes hart beunruhigt. Gegenüber einem Einritt des Kommunismus müsse, daß die Sozialdemokratie sich damit einverstanden erklärt habe. Die Regierung über die Mieterfrage im Reichstagsplenum auf 20 Minuten zu besprechen, stellte der sozialdemokratische Abg. Epstein fest, daß sich der Ausschuss über 2 1/2 Monate lang mit dem Gesetzentwurf beschäftigt habe. In dieser langen Zeit sei alles Notwendige gesagt worden. Jetzt handle es sich darum, rasche Arbeit zu leisten, weil das alle Gesetz am 1. Juli ablaufen. Die Sozialdemokratie werde also gerade für die Mieter, wenn sie einer Verkürzung der Redezeit zugestimmt habe.

## Deutscher Reichstag.

### Freunde und Feinde des Mieterkampfes.

Am Reichstag wurde die Debatte über die Novelle zum Mieterkündigungsgesetz fortgesetzt. Der Ministerialdirektor des Reichsjustizministeriums Dr. Jäger wandte sich gegen diejenigen, die die Wohnungswirtschaft jetzt schon befehlen wollen. Es könne sich jetzt nur um Wiederrufen einzelner Punkte handeln. Die Regierung habe auch nicht beabsichtigt, die vollständige Verdrängung der gewerblichen Räume aus den Mieterhäusern. Die bisher radikalste Rede für die Aufhebung des Mieterkündigungsgesetzes hielt Abg. Lude von der Wirtschaftlichen Vereinigung. Er bezeichnete den Mieterkampf als ein ganzes neues Unglück. Die Rechte des Mieters müßten sichergestellt kommen, um die Wohnungswirtschaft zu beleben. Die Regierung habe es als der Mieter befehligt, daß überhaupt eine allgemeine Wohnungswirtschaft vorhanden sei. (1) Eine Lebensdauer der Friedensmiete um 50 bis 100 Prozent dürfe nicht als Bucher bezeichnet werden. Der demokratische Abg. W. Jäger sprach für die Annahme der Wiederrufbestimmungen. Die richtige Mittelstraße zwischen Hausbesitzer und Mieter hielten. Der bürgerliche Volksparteiler Schürmer hielt die Aufhebung des Mieterkündigungsgesetzes nicht für angebracht, während der bürgerliche Abg. E. Jäger energisch die sofortige Beilegung der Wohnungswirtschaft forderte. An der Spezialdebatte sprach der sozialdemokratische Abg. S. Jäger dagegen, daß sich bei einem Mieterkampf nicht ein Monat, sondern 20 bis 30 Monate nach dem jetzigen gesetzlichen Zustand die Mündigungsfrist vorfinden würde. Er polemisierte ferner gegen die Verdrängung der Mieter. Ein Wohnungswechsel gezwungen werden kann, wenn ihm ausreichende Räume zur Verfügung gestellt werden. Während bisher die Mieter in die Räume vorgezogen waren, die sozialdemokratische Fraktion beantragte die Wiederherstellung der ursprünglichen Regelung. Gegen alle Angriffe der Rechtsparteien auf weitere Durchlösung des Mieterkampfes wird die Sozialdemokratie stimmen. Sie macht nur der sozialdemokratischen Bewegung darauf hin, daß die von der Sozialdemokratischen Bewegung und der Wirtschaftlichen Vereinigung geforderte Beilegung des Schubes für gewerbliche Räume auch weit Teile des Mittelstandes hart beunruhigt. Gegenüber einem Einritt des Kommunismus müsse, daß die Sozialdemokratie sich damit einverstanden erklärt habe. Die Regierung über die Mieterfrage im Reichstagsplenum auf 20 Minuten zu besprechen, stellte der sozialdemokratische Abg. Epstein fest, daß sich der Ausschuss über 2 1/2 Monate lang mit dem Gesetzentwurf beschäftigt habe. In dieser langen Zeit sei alles Notwendige gesagt worden. Jetzt handle es sich darum, rasche Arbeit zu leisten, weil das alle Gesetz am 1. Juli ablaufen. Die Sozialdemokratie werde also gerade für die Mieter, wenn sie einer Verkürzung der Redezeit zugestimmt habe.

## Deutscher Reichstag.

### Freunde und Feinde des Mieterkampfes.

Am Reichstag wurde die Debatte über die Novelle zum Mieterkündigungsgesetz fortgesetzt. Der Ministerialdirektor des Reichsjustizministeriums Dr. Jäger wandte sich gegen diejenigen, die die Wohnungswirtschaft jetzt schon befehlen wollen. Es könne sich jetzt nur um Wiederrufen einzelner Punkte handeln. Die Regierung habe auch nicht beabsichtigt, die vollständige Verdrängung der gewerblichen Räume aus den Mieterhäusern. Die bisher radikalste Rede für die Aufhebung des Mieterkündigungsgesetzes hielt Abg. Lude von der Wirtschaftlichen Vereinigung. Er bezeichnete den Mieterkampf als ein ganzes neues Unglück. Die Rechte des Mieters müßten sichergestellt kommen, um die Wohnungswirtschaft zu beleben. Die Regierung habe es als der Mieter befehligt, daß überhaupt eine allgemeine Wohnungswirtschaft vorhanden sei. (1) Eine Lebensdauer der Friedensmiete um 50 bis 100 Prozent dürfe nicht als Bucher bezeichnet werden. Der demokratische Abg. W. Jäger sprach für die Annahme der Wiederrufbestimmungen. Die richtige Mittelstraße zwischen Hausbesitzer und Mieter hielten. Der bürgerliche Volksparteiler Schürmer hielt die Aufhebung des Mieterkündigungsgesetzes nicht für angebracht, während der bürgerliche Abg. E. Jäger energisch die sofortige Beilegung der Wohnungswirtschaft forderte. An der Spezialdebatte sprach der sozialdemokratische Abg. S. Jäger dagegen, daß sich bei einem Mieterkampf nicht ein Monat, sondern 20 bis 30 Monate nach dem jetzigen gesetzlichen Zustand die Mündigungsfrist vorfinden würde. Er polemisierte ferner gegen die Verdrängung der Mieter. Ein Wohnungswechsel gezwungen werden kann, wenn ihm ausreichende Räume zur Verfügung gestellt werden. Während bisher die Mieter in die Räume vorgezogen waren, die sozialdemokratische Fraktion beantragte die Wiederherstellung der ursprünglichen Regelung. Gegen alle Angriffe der Rechtsparteien auf weitere Durchlösung des Mieterkampfes wird die Sozialdemokratie stimmen. Sie macht nur der sozialdemokratischen Bewegung darauf hin, daß die von der Sozialdemokratischen Bewegung und der Wirtschaftlichen Vereinigung geforderte Beilegung des Schubes für gewerbliche Räume auch weit Teile des Mittelstandes hart beunruhigt. Gegenüber einem Einritt des Kommunismus müsse, daß die Sozialdemokratie sich damit einverstanden erklärt habe. Die Regierung über die Mieterfrage im Reichstagsplenum auf 20 Minuten zu besprechen, stellte der sozialdemokratische Abg. Epstein fest, daß sich der Ausschuss über 2 1/2 Monate lang mit dem Gesetzentwurf beschäftigt habe. In dieser langen Zeit sei alles Notwendige gesagt worden. Jetzt handle es sich darum, rasche Arbeit zu leisten, weil das alle Gesetz am 1. Juli ablaufen. Die Sozialdemokratie werde also gerade für die Mieter, wenn sie einer Verkürzung der Redezeit zugestimmt habe.

## Deutscher Reichstag.

### Freunde und Feinde des Mieterkampfes.

Am Reichstag wurde die Debatte über die Novelle zum Mieterkündigungsgesetz fortgesetzt. Der Ministerialdirektor des Reichsjustizministeriums Dr. Jäger wandte sich gegen diejenigen, die die Wohnungswirtschaft jetzt schon befehlen wollen. Es könne sich jetzt nur um Wiederrufen einzelner Punkte handeln. Die Regierung habe auch nicht beabsichtigt, die vollständige Verdrängung der gewerblichen Räume aus den Mieterhäusern. Die bisher radikalste Rede für die Aufhebung des Mieterkündigungsgesetzes hielt Abg. Lude von der Wirtschaftlichen Vereinigung. Er bezeichnete den Mieterkampf als ein ganzes neues Unglück. Die Rechte des Mieters müßten sichergestellt kommen, um die Wohnungswirtschaft zu beleben. Die Regierung habe es als der Mieter befehligt, daß überhaupt eine allgemeine Wohnungswirtschaft vorhanden sei. (1) Eine Lebensdauer der Friedensmiete um 50 bis 100 Prozent dürfe nicht als Bucher bezeichnet werden. Der demokratische Abg. W. Jäger sprach für die Annahme der Wiederrufbestimmungen. Die richtige Mittelstraße zwischen Hausbesitzer und Mieter hielten. Der bürgerliche Volksparteiler Schürmer hielt die Aufhebung des Mieterkündigungsgesetzes nicht für angebracht, während der bürgerliche Abg. E. Jäger energisch die sofortige Beilegung der Wohnungswirtschaft forderte. An der Spezialdebatte sprach der sozialdemokratische Abg. S. Jäger dagegen, daß sich bei einem Mieterkampf nicht ein Monat, sondern 20 bis 30 Monate nach dem jetzigen gesetzlichen Zustand die Mündigungsfrist vorfinden würde. Er polemisierte ferner gegen die Verdrängung der Mieter. Ein Wohnungswechsel gezwungen werden kann, wenn ihm ausreichende Räume zur Verfügung gestellt werden. Während bisher die Mieter in die Räume vorgezogen waren, die sozialdemokratische Fraktion beantragte die Wiederherstellung der ursprünglichen Regelung. Gegen alle Angriffe der Rechtsparteien auf weitere Durchlösung des Mieterkampfes wird die Sozialdemokratie stimmen. Sie macht nur der sozialdemokratischen Bewegung darauf hin, daß die von der Sozialdemokratischen Bewegung und der Wirtschaftlichen Vereinigung geforderte Beilegung des Schubes für gewerbliche Räume auch weit Teile des Mittelstandes hart beunruhigt. Gegenüber einem Einritt des Kommunismus müsse, daß die Sozialdemokratie sich damit einverstanden erklärt habe. Die Regierung über die Mieterfrage im Reichstagsplenum auf 20 Minuten zu besprechen, stellte der sozialdemokratische Abg. Epstein fest, daß sich der Ausschuss über 2 1/2 Monate lang mit dem Gesetzentwurf beschäftigt habe. In dieser langen Zeit sei alles Notwendige gesagt worden. Jetzt handle es sich darum, rasche Arbeit zu leisten, weil das alle Gesetz am 1. Juli ablaufen. Die Sozialdemokratie werde also gerade für die Mieter, wenn sie einer Verkürzung der Redezeit zugestimmt habe.

## Deutscher Reichstag.

### Freunde und Feinde des Mieterkampfes.

Am Reichstag wurde die Debatte über die Novelle zum Mieterkündigungsgesetz fortgesetzt. Der Ministerialdirektor des Reichsjustizministeriums Dr. Jäger wandte sich gegen diejenigen, die die Wohnungswirtschaft jetzt schon befehlen wollen. Es könne sich jetzt nur um Wiederrufen einzelner Punkte handeln. Die Regierung habe auch nicht beabsichtigt, die vollständige Verdrängung der gewerblichen Räume aus den Mieterhäusern. Die bisher radikalste Rede für die Aufhebung des Mieterkündigungsgesetzes hielt Abg. Lude von der Wirtschaftlichen Vereinigung. Er bezeichnete den Mieterkampf als ein ganzes neues Unglück. Die Rechte des Mieters müßten sichergestellt kommen, um die Wohnungswirtschaft zu beleben. Die Regierung habe es als der Mieter befehligt, daß überhaupt eine allgemeine Wohnungswirtschaft vorhanden sei. (1) Eine Lebensdauer der Friedensmiete um 50 bis 100 Prozent dürfe nicht als Bucher bezeichnet werden. Der demokratische Abg. W. Jäger sprach für die Annahme der Wiederrufbestimmungen. Die richtige Mittelstraße zwischen Hausbesitzer und Mieter hielten. Der bürgerliche Volksparteiler Schürmer hielt die Aufhebung des Mieterkündigungsgesetzes nicht für angebracht, während der bürgerliche Abg. E. Jäger energisch die sofortige Beilegung der Wohnungswirtschaft forderte. An der Spezialdebatte sprach der sozialdemokratische Abg. S. Jäger dagegen, daß sich bei einem Mieterkampf nicht ein Monat, sondern 20 bis 30 Monate nach dem jetzigen gesetzlichen Zustand die Mündigungsfrist vorfinden würde. Er polemisierte ferner gegen die Verdrängung der Mieter. Ein Wohnungswechsel gezwungen werden kann, wenn ihm ausreichende Räume zur Verfügung gestellt werden. Während bisher die Mieter in die Räume vorgezogen waren, die sozialdemokratische Fraktion beantragte die Wiederherstellung der ursprünglichen Regelung. Gegen alle Angriffe der Rechtsparteien auf weitere Durchlösung des Mieterkampfes wird die Sozialdemokratie stimmen. Sie macht nur der sozialdemokratischen Bewegung darauf hin, daß die von der Sozialdemokratischen Bewegung und der Wirtschaftlichen Vereinigung geforderte Beilegung des Schubes für gewerbliche Räume auch weit Teile des Mittelstandes hart beunruhigt. Gegenüber einem Einritt des Kommunismus müsse, daß die Sozialdemokratie sich damit einverstanden erklärt habe. Die Regierung über die Mieterfrage im Reichstagsplenum auf 20 Minuten zu besprechen, stellte der sozialdemokratische Abg. Epstein fest, daß sich der Ausschuss über 2 1/2 Monate lang mit dem Gesetzentwurf beschäftigt habe. In dieser langen Zeit sei alles Notwendige gesagt worden. Jetzt handle es sich darum, rasche Arbeit zu leisten, weil das alle Gesetz am 1. Juli ablaufen. Die Sozialdemokratie werde also gerade für die Mieter, wenn sie einer Verkürzung der Redezeit zugestimmt habe.

## Deutscher Reichstag.

### Freunde und Feinde des Mieterkampfes.

Am Reichstag wurde die Debatte über die Novelle zum Mieterkündigungsgesetz fortgesetzt. Der Ministerialdirektor des Reichsjustizministeriums Dr. Jäger wandte sich gegen diejenigen, die die Wohnungswirtschaft jetzt schon befehlen wollen. Es könne sich jetzt nur um Wiederrufen einzelner Punkte handeln. Die Regierung habe auch nicht beabsichtigt, die vollständige Verdrängung der gewerblichen Räume aus den Mieterhäusern. Die bisher radikalste Rede für die Aufhebung des Mieterkündigungsgesetzes hielt Abg. Lude von der Wirtschaftlichen Vereinigung. Er bezeichnete den Mieterkampf als ein ganzes neues Unglück. Die Rechte des Mieters müßten sichergestellt kommen, um die Wohnungswirtschaft zu beleben. Die Regierung habe es als der Mieter befehligt, daß überhaupt eine allgemeine Wohnungswirtschaft vorhanden sei. (1) Eine Lebensdauer der Friedensmiete um 50 bis 100 Prozent dürfe nicht als Bucher bezeichnet werden. Der demokratische Abg. W. Jäger sprach für die Annahme der Wiederrufbestimmungen. Die richtige Mittelstraße zwischen Hausbesitzer und Mieter hielten. Der bürgerliche Volksparteiler Schürmer hielt die Aufhebung des Mieterkündigungsgesetzes nicht für angebracht, während der bürgerliche Abg. E. Jäger energisch die sofortige Beilegung der Wohnungswirtschaft forderte. An der Spezialdebatte sprach der sozialdemokratische Abg. S. Jäger dagegen, daß sich bei einem Mieterkampf nicht ein Monat, sondern 20 bis 30 Monate nach dem jetzigen gesetzlichen Zustand die Mündigungsfrist vorfinden würde. Er polemisierte ferner gegen die Verdrängung der Mieter. Ein Wohnungswechsel gezwungen werden kann, wenn ihm ausreichende Räume zur Verfügung gestellt werden. Während bisher die Mieter in die Räume vorgezogen waren, die sozialdemokratische Fraktion beantragte die Wiederherstellung der ursprünglichen Regelung. Gegen alle Angriffe der Rechtsparteien auf weitere Durchlösung des Mieterkampfes wird die Sozialdemokratie stimmen. Sie macht nur der sozialdemokratischen Bewegung darauf hin, daß die von der Sozialdemokratischen Bewegung und der Wirtschaftlichen Vereinigung geforderte Beilegung des Schubes für gewerbliche Räume auch weit Teile des Mittelstandes hart beunruhigt. Gegenüber einem Einritt des Kommunismus müsse, daß die Sozialdemokratie sich damit einverstanden erklärt habe. Die Regierung über die Mieterfrage im Reichstagsplenum auf 20 Minuten zu besprechen, stellte der sozialdemokratische Abg. Epstein fest, daß sich der Ausschuss über 2 1/2 Monate lang mit dem Gesetzentwurf beschäftigt habe. In dieser langen Zeit sei alles Notwendige gesagt worden. Jetzt handle es sich darum, rasche Arbeit zu leisten, weil das alle Gesetz am 1. Juli ablaufen. Die Sozialdemokratie werde also gerade für die Mieter, wenn sie einer Verkürzung der Redezeit zugestimmt habe.

Wir sind aus ethischen Gründen Arbeiterpartei. Aber dürfen beim letzten Arbeiter im 1934, die Erkenntnis dämmern, wohin er sich bewegt. Es ist nicht möglich, die Welt nach besserer Welt zu bauen. Selbstlosigkeit und Reformismus im bürgerlichen Lager fehlt, die heute noch funktionsfähigen von „Kanon“ und einseitigen Überlieferungen als Volkspartei betrachten und gegenüber dem bürgerlichen Volkspartei folgen. Selbstlosigkeit und Reformismus im bürgerlichen Lager fehlt, die heute noch funktionsfähigen von „Kanon“ und einseitigen Überlieferungen als Volkspartei betrachten und gegenüber dem bürgerlichen Volkspartei folgen. Selbstlosigkeit und Reformismus im bürgerlichen Lager fehlt, die heute noch funktionsfähigen von „Kanon“ und einseitigen Überlieferungen als Volkspartei betrachten und gegenüber dem bürgerlichen Volkspartei folgen.

## 2. Kreis (ATSB.), 3. Bezirk

### Gruppenrat und Sportfest vom 17. bis 18. Juli.

Nur wenige Wochen trennen uns von unserem Gruppenrat in Wolfen. Bis diese Zeiten in Care hinaus gelangen sollen die Anordnungen bereits vollständig sein. Bis dies noch nicht geschehen ist, hält es sofort noch und besetzt. Selbstlosigkeit und Reformismus im bürgerlichen Lager fehlt, die heute noch funktionsfähigen von „Kanon“ und einseitigen Überlieferungen als Volkspartei betrachten und gegenüber dem bürgerlichen Volkspartei folgen. Selbstlosigkeit und Reformismus im bürgerlichen Lager fehlt, die heute noch funktionsfähigen von „Kanon“ und einseitigen Überlieferungen als Volkspartei betrachten und gegenüber dem bürgerlichen Volkspartei folgen.

## Arbeiter-Sportartikel

### Zur Nachschonung empfohlen.

Das Hamburger Arbeiter-Sportartikel ist dazu übergegangen, für seine Vereine einen geeigneten Fortschrittlichen Plan zu entwickeln. Eine Reihe Hamburger Vereine hat sich dem Hamburger Arbeiter-Sportartikel selbstlosig zur Verfügung gestellt. In der Arbeiter-Sportartikel-Gruppe wurde nach einem Vortrag des Herrn Jäger, der die Anträge gegen die, ein Ausschuss aus zwei Vertretern und sechs Vertretern der Sportarten eingeleitet. Dieser Ausschuss wird sich mit der Nachschonung beschäftigen. Die Nachschonung soll in der nächsten Zeit abgeschlossen sein. Die Nachschonung soll in der nächsten Zeit abgeschlossen sein. Die Nachschonung soll in der nächsten Zeit abgeschlossen sein.

## 16. Kreis (ATSB.), Märkische Spielvereinigung

Die Spielvereinigung beginnt Sonntag, den 27. August, die Wahlen im 16. Kreis. Die Wahlen werden am Sonntag, den 27. August, in der Spielvereinigung stattfinden. Die Wahlen werden am Sonntag, den 27. August, in der Spielvereinigung stattfinden. Die Wahlen werden am Sonntag, den 27. August, in der Spielvereinigung stattfinden.

## Internationaler Arbeiterkongress

Der internationale Arbeiterkongress beginnt Sonntag, den 27. August, in der Spielvereinigung. Die Wahlen werden am Sonntag, den 27. August, in der Spielvereinigung stattfinden. Die Wahlen werden am Sonntag, den 27. August, in der Spielvereinigung stattfinden.

## Berichterstatter-Zentrale

Die Berichterstatter-Zentrale beginnt Sonntag, den 27. August, in der Spielvereinigung. Die Wahlen werden am Sonntag, den 27. August, in der Spielvereinigung stattfinden. Die Wahlen werden am Sonntag, den 27. August, in der Spielvereinigung stattfinden.

## Deutsches Mittelwiesengewebe

Die Deutsches Mittelwiesengewebe beginnt Sonntag, den 27. August, in der Spielvereinigung. Die Wahlen werden am Sonntag, den 27. August, in der Spielvereinigung stattfinden. Die Wahlen werden am Sonntag, den 27. August, in der Spielvereinigung stattfinden.

## Stadion Halle

### Sonntag großes Sportfest!

Es heißt auch Leichtathletik, Handball- u. Fußballspielen. Von früh 8 Uhr an: Fußballspiele und Leichtathletische Vorkämpfe. Nachmittags 2 Uhr: Einmündig sämtlicher Teilnehmer, Leichtathletische Ausstellungen. 1/2 11 Uhr Handball: Sportklub I — Adler I. 1/2 11 Uhr Fußball: Sportklub I — Holsteiner I. Parole für alle: Aui nach dem Stadion!

## Wohlgeschmecktes

Wohlgeschmecktes beginnt Sonntag, den 27. August, in der Spielvereinigung. Die Wahlen werden am Sonntag, den 27. August, in der Spielvereinigung stattfinden. Die Wahlen werden am Sonntag, den 27. August, in der Spielvereinigung stattfinden.

